

## **Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)**

**Bahnhofstraße 14**

**35469 Allendorf (Lumda)**

### **Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses**

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 18.02.2014

**Sitzungsbeginn:** 20:00 Uhr

**Sitzungsende:** 22:54 Uhr

**Ort, Raum:** großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Herr Damm, eröffnet die 20. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

---

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 03.02.2014 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

---

### **Tagesordnung**

#### **der 20. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 18.02.2014**

TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 20/152/2013/1

TOP 2: Haushaltssicherungskonzept zum Haushaltsplan 2014 gemäß § 92  
Abs. 4 HGO  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 20/155/2014

TOP 3: Anfragen und Mitteilungen

**TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 20/152/2013/1**

Es besteht Einvernehmen, im Rahmen der Beratung auf den Aufruf der Einzelprodukte zu verzichten und über die vorliegenden Einzelanträge zu beraten und abzustimmen. Hierzu wird der Haushaltsplan mit -satzung zur Beratung und Beschlussempfehlung aufgerufen.

Die Anträge bzw. Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt werden beim Einzelaufruf der Produkte beraten und ggf. wird eine Einzelabstimmung hierüber gefasst.

**Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Einzeländerungen des Haushaltsplanes 2014:**

**Produkt 1.2.6.10, Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes**

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2013 auf Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (Pos. 13) von 91.830,00 € auf 80.000,00 € vor. Herr Krieb erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Alle Fraktionen bekennen sich zu der Freiwilligen Feuerwehr und zu ihrer notwendigen Ausstattung, um jederzeit die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren zu gewährleisten. Die Ausstattung selbst muss sich allerdings am wirtschaftlich Notwendigen orientieren.

Bürgermeisterin Bergen-Krause verweist auf einen Gesprächstermin im Rahmen des „Arbeitskreises Feuerwehr“ aus der letzten Woche, wonach auch seitens der Feuerwehr noch Einsparmöglichkeiten gesehen wurden. Allerdings wurde in diesem Rahmen die Untergrenze mit 83.000,00 € beziffert. Es folgt eine eingehende Aussprache.

Herr Damm beantragt für die SPD-Fraktion eine abweichende Beschlussempfehlung zur CDU-Fraktion. Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion als weitergehenden Antrag abgestimmt:

**Einzelbeschluss (schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) für das Jahr 2014 von 91.830,00 € auf 80.000,00 € zu reduzieren.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	1	CDU
Nein-Stimmen:	4	SPD - FWG - BFA/FDP
Enthaltung:	1	Bündnis 90/Die Grünen

Somit ist der Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

**Einzelbeschluss (mündlicher Antrag der SPD-Fraktion):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) für das Jahr 2014 von 91.830,00 € auf 83.000,00 € zu reduzieren.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	4	SPD - FWG - BFA/FDP
Nein-Stimmen:	1	CDU
Enthaltung:	1	Bündnis 90/Die Grünen

Somit ist der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen.

**Produkt 1.2.6.10, Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes, Maßnahme 005**

Es liegt ein Antrag (Vorlage 60/601/2014) der Bürgermeisterin vom 18.02.2014 auf Erhöhung der investiven Auszahlungen um 25.000,00 € auf insgesamt 90.000,00 € vor. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erläutert den Antrag. Herr Bierau konkretisiert die entstandenen Mehrkosten, die auf nicht vorhersehbare Abbruchkosten (Betonwanne für Schuhwaschanlage), zusätzliche statische Anforderungen sowie der allg. Baupreissteigerungen (Kostenschätzung aus 2012) beruhen.

**Einzelbeschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für investive Auszahlungen insgesamt (Pos. 6) für das Jahr 2014 von 65.000,00 € auf 90.000,00 € zu erhöhen.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

**Produkt 2.5.2.10, Heimatmuseum**

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2013 auf Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (Pos. 13) von 14.100,00 € auf 6.100,00 € vor. Frau Treznitz stellt für die Fraktion der BFA/FDP einen Antrag auf Erlass eines Sperrvermerkes über 7.500,00 €, der vom Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie aufgehoben werden kann. Herr Krieb und Frau Treznitz erläutern jeweils den Antrag ihrer Fraktion.

Es erfolgt eine Aussprache. Zunächst wird über den Antrag der CDU-Fraktion als weitergehenden Antrag abgestimmt:

**Einzelbeschluss (schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen

(Pos. 13) für das Jahr 2014 von 14.100,00 € auf 6.100,00 € zu reduzieren.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	1	CDU
Nein-Stimmen:	3	SPD – FDP – Bündnis 90/Die Grünen
Enthaltung:	2	SPD - FWG

Somit ist der Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

**Einzelbeschluss (mündlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Teil-Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) in Höhe von 7.500,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der vom Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie aufgehoben werden kann.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	3	BFA/FDP - SPD – Bündnis 90/Die Grünen
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	3	SPD – FWG - CDU

Somit ist der Antrag der Fraktion der BFA/FDP einstimmig angenommen.

**Produkt 3.6.5.10, Tageseinrichtungen für Kinder, Maßnahme 001**

Es liegt ein Antrag der Bürgermeisterin vom 18.02.2014 auf Reduzierung der investiven Auszahlungen um 10.000,00 € auf insgesamt 180.000,00 € vor. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erläutert den Antrag. Herr Zuckermann moniert die mangelnde Einbindung der Fraktionen. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause weist darauf hin, dass auf Grund des hohen Zeitdruckes beim Ausbau der Kindertagesstätte (Rechtsanspruch sowie Befristung der Förderung) die umfassende Einbindung der Fraktionen außerordentlich erschwert war.

**Einzelbeschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Haushaltsansatz für investive Auszahlungen insgesamt (Pos. 6) für das Jahr 2014 von 190.000,00 € auf 180.000,00 € zu reduzieren.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	6	
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	0	

Somit ist er Antrag einstimmig angenommen.

#### **Produkt 4.2.4.10, Bereitstellung von Sportstätten**

Es liegt ein Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2013 auf Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (Pos. 13) um 5.000,00 € auf 2.420,00 € vor. Herr Zuckermann erläutert den Antrag seiner Fraktion. Nach einer Diskussion des Sachverhaltes wird der Antrag der Fraktion durch Herrn Zuckermann wie folgt abgeändert bzw. erweitert:

#### **Einzelbeschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Teil-Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) in Höhe von 5.000,00 € sowie die investiven Auszahlungen der Maßnahme-Nr. 001 (Doppelgaragen auf dem Sportplatzgelände in Allendorf / Antrag des TSV Alldf.) in Höhe von 7.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der vom Ausschuss für Baufragen, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie aufgehoben werden kann.

#### **Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	5	
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	1	CDU

Somit ist er Antrag einstimmig angenommen.

#### **Produkt 5.4.1.10, Straßenbeleuchtung**

Es liegt ein Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.2013 auf Prüfung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes (Pos. 13) zur Überprüfung des Umfangs von notwendigen Umrüstungen auf die LED-Technik vor. Bei den im Vorbericht zum Haushaltsplan erläuterten Kosten in Höhe von 37 T€ handelt es sich nicht um Erneuerungsmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung, sondern um die entsprechenden Sachaufwendungen für den Strombezug. Aufgrund der Erläuterungen zu der etwas missverständlichen Formulierung des Vorberichts hat sich der Antrag insoweit erledigt.

Auf Nachfrage von Herrn Zuckermann berichtet Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause, dass sich derzeit im Bereich der LED-Beleuchtung sehr viel bewege. Hier sei in den nächsten 2 bis 3 Jahren durchaus mit deutlichen Kostensenkungen zu rechnen. In Bezug auf den Austausch von funktionstüchtigen Beleuchtungen durch einen Energieversorger im Ostkreis erläutert Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause, dass dies derzeit beim örtlichen Energieversorger nicht geplant ist. Allerdings werde sie diese Diskussion in die nächste Beiratssitzung mitnehmen. Der Austausch von funktionstüchtigen energiesparenden Natrium-Dampflampen lohne sich derzeit aus Kostensicht nicht. Auch wird festgestellt, dass die LED-Erneuerung für die Städte im Ostkreis nicht kostenneutral erfolge, sondern sie sich vielmehr auf die Höhe der Konzessionsabgabe negativ auswirke.

#### **Einzelbeschluss:**

- ohne -

### **Produkt 5.7.3.30, Bürgerhaus Allendorf**

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 14.02.2013 vor, das Bürgerhaus in Allendorf - im Rahmen des Einstiegs in die Umsetzung der Brandschutzkonzepte - mit moderner Kommunikationstechnik auszustatten. Herr Krieb erläutert den Antrag seiner Fraktion und ergänzt diesen um eine Ansatzerhöhung um 5.000,00 € der investiven Auszahlungen für das Bürgerhaus in Allendorf.

Auf Anfrage von Frau Trezn sichert Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause zu, dass den Fraktionsvorsitzenden ein Exemplar des erstellten Brandschutzkonzeptes zur Verfügung gestellt wird.

### **Einzelbeschluss (Antrag der CDU-Fraktion):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Magistrat zu beauftragen, im Rahmen der brandschutztechnischen Ertüchtigung des Bürgerhauses in Allendorf die Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik (Beamer, Internetanbindung im Saal, Beschallungsanlage etc.) vorzusehen. Hierfür wird unter der Maßnahme-Nr. 005 (Bürgerhaus Allendorf) der Ausgabeansatz um 5.000,00 € auf 20.000,00 € erhöht. Der Magistrat hat hierzu entsprechende Angebote einzuholen und dem Parlament vorzustellen.

### **Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Somit ist er Antrag einstimmig angenommen.

### **Produkt 5.7.3.30, Bürgerhaus Nordeck**

Es liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 08.02.2013 vor, im Rahmen der Umsetzung der Brandschutzkonzepte für die Bürgerhäuser in Allendorf und Nordeck, die Kosten (Aufwendungen, Pos. 13) für das Bürgerhaus in Nordeck mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Herr Bierau teilt mit, dass bei den veranschlagten Mitteln für das Bürgerhaus in Nordeck 30.000,00 € für die Toilettensanierung sowie 15.000,00 € für den Brandschutz vorgesehen sind.

Es folgt eine ausführliche und eingehende Diskussion. Herr Zuckermann zieht den Antrag zurück. Er fordert jedoch alle Beteiligten auf, sich insbesondere beim Bürgerhaus in Nordeck intensiv mit einer konzeptionellen Verbesserung zu befassen.

### **Einzelbeschluss (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, im Rahmen der Umsetzung der Brandschutzkonzepte für die Bürgerhäuser in Allendorf und Nordeck, die Kosten (Aufwendungen, Pos. 13) für das Bürgerhaus in Nordeck mit einem Sperrvermerk zu versehen.

**Abstimmung:**

- ohne –

**3.6.5.10 Tageseinrichtungen für Kinder**

Herr Schmidt bittet um Auskunft, warum keine Mittel für die Ersatzbeschaffung des City-Mobils in den Haushalt 2014 bzw. in die Finanzplanung eingestellt wurden. Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass das Fahrzeug nochmals von einem KFZ-Sachverständigen begutachtet wurde und für verkehrstüchtig befunden wurde. Von daher stehe derzeit ein Fahrzeug-Austausch nicht an.

**5.4.1.10 Planung/Bau u. Betrieb u. Unterhaltung von Verkehrswegen/-anlagen**

Frau Trenz erkundigt sich nach dem Stand der Kostenablösung zum Verkehrskreisel in Allendorf. Herr Rausch antwortet hierauf, dass es bisher noch zu keinem Vertragsabschluss mit dem Land Hessen gekommen ist.

**5.7.3.20 Betrieb sonstiger Einrichtungen, Backhäuser**

Frau Trenz fragt nach dem Zustand des Backhauses in Winnen und möglicherweise notwendig werdenden Sanierungskosten. Herr Bierau berichtet hierzu, dass für den nächsten Tag ein Vororttermin mit einem Kaminofenbauer, dem Architekten, dem Schornsteinfeger, den Hauseigentümern sowie mit seiner Person zu dieser Frage stattfinden wird. Über das Ergebnis wird im Anhang zum Protokoll berichtet.

**Stellenplan, Produkt 1.1.1.50, Liegenschafts- und Gebäudemanagement**

Seitens der FWG-Fraktion wird zur Sitzung ein schriftlicher Antrag auf Erlass eines „kw“-Vermerkes gestellt. Eine Entscheidung über die Stellenbesetzung durch den Magistrat alleine wird als nicht ausreichend angesehen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt hierzu, dass auf Grund der bestehenden Erfordernisse eine Wiederbesetzung dieser Stelle zwingend geboten ist. Im Rahmen der auf Bürgermeisterebene geführten Gespräche zu IKZ bestehe Konsens darüber, dass unabhängig von einer möglichen IKZ diese Stelle besetzt werden müsse.

Es folgt eine eingehende Diskussion über den Verlauf des für die Fraktionen bisherigen nicht befriedigenden Verlaufs der IKZ mit der Gemeinde Rabenau.

Frau Bürgermeisterin weist auf bereits erfolgreich laufende Zusammenarbeiten hin. Aber auch auf Angebote der Stadt an die Gemeinde Rabenau, die bisher abgelehnt wurden (Ordnungsbezirk, Vollstreckung) sowie auf bereits aufgetretene große Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit (Kläranlage) und auf bisher rechtlich ungeklärte Fragestellungen bei der Zusammenarbeit (z. B. Arbeitnehmerüberlassung). Ebenso erinnert sie an einen in der nächsten Woche stattfindenden Informationsabend gemeinsam mit den Gemeindevertretern von Rabenau zur IKZ unter der Leitung von Herrn Spandau vom Kompetenzzentrum für Interkommunale Zusammenarbeit.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt auf Nachfrage mit, dass bis zum 30.04.2014 ein Konzept zur möglichen IKZ mit der Gemeinde Rabenau erarbeitet und den städtischen Gremien vorgelegt werden soll.

Nach intensiver Beratung wird über einen gemeinsam formulierten Beschlussvorschlag abgestimmt:

**Einzelbeschluss:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Stellenplan Teil B unter der Produkt-Nr. 1.1.1.50 mit folgenden Vermerken zu versehen:

1. Die Entgeltgruppe (EG) 11 wird mit einer Stellenbesetzungssperre versehen, die durch den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss aufgehoben werden kann.
2. Die Entgeltgruppe 11 wird weiterhin mit dem Vermerk „ku (künftig umzuwandeln) - EG 10“ versehen.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Somit ist er Antrag einstimmig angenommen.

**Beschlussempfehlung insgesamt:**

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen - unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge - für das Haushaltsjahr 2014 zu beschließen.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2013 bis 2017 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1 CDU

- einstimmig beschlossen -

---

**TOP 2: Haushaltssicherungskonzept zum Haushaltsplan 2014 gemäß § 92 Abs. 4 HGO  
hier: Beratung und Beschlussfassung  
Vorlage: 20/155/2014**

Herr Vorsitzender Damm ruft das Haushaltssicherungskonzept zur Beratung auf. Hiernach erfolgt die Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts- unter Berücksichtigung der gefassten Änderungsbeschlüsse - gemäß § 92 HGO zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

- einstimmig beschlossen -

---

**TOP 3: Anfragen und Mitteilungen**

Herr Schmidt bittet um Auskunft, ob auch bei der Stadt Probleme mit der SEPA-Umstellung bestehen, da bis zum heutigen Tag die SEPA-Lastschrift der Abgaben durch die Stadtkasse noch nicht erfolgt ist. Die Finanzämter in Hessen seien derzeit wegen Schwierigkeiten bei der SEPA-Umstellung nicht in der Lage, Lastschrifteinzüge vorzunehmen.

Herr Rausch teilt hierzu mit, dass die SEPA-Umstellung zwar rechtzeitig erfolgt ist, aber sich auf Grund von Druckproblemen (zeitweise Defekt der Druckmaschine) die Auslieferung der Bescheide verzögerte, so dass der Lastschrifteinzug unter Beachtung der gesetzlichen Fristen erst am morgigen Tag erfolgen kann. Der personelle Aufwand für die SEPA-Umstellung war allerdings sehr groß.

Herr Omokoko fragt an, ob dem Magistrat bekannt ist, dass nach Auskunft der Bürgerhauspächterin bei einer Überprüfung des Gewerbeaufsichtsamts zwei Kühlschränke in der BGH-Gaststätte in Nordeck bemängelt wurden bzw. auszutauschen wären.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause erklärt hierzu, dass dieser Sachverhalt so nicht bekannt ist. Herr Bierau ergänzt, dass der Haupt- und Personalamtsleiter sowie er bei der Prüfung anwesend waren. Seitens des Gewerbeaufsichtsamtes wurde solche eine Forderung nicht erhoben. Vielmehr geht diese Forderung auf die Initiative der Bürgerhauspächterin zurück. Bisher liegt auch keine entsprechende schriftliche Prüfungsfeststellung des Gewerbeaufsichtsamtes zu den Kühlschränken vor.

**Allendorf (Lumda), den 24.02.14**

**gez. Damm**

**(Stadtverordneter  
Harald Damm)  
Vorsitzender**

**gez. Rausch**

**(Leiter der Finanzverwaltung  
Jürgen Rausch)  
Schriftführer**

## Anwesenheitsliste

### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :**

Herr Stadtverordneter Christian  
Zuckermann

### **FWG-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

### **SPD-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Harald Damm  
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael  
Omokoko

### **CDU-Fraktion :**

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

### **BFA/FDP-Fraktion :**

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

### **Magistrat :**

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-  
Krause  
Herr 1. Stadtrat Ernst Jürgen Bernbeck  
Herr Stadtrat Manfred Lotz  
Herr Stadtrat Reiner Placzko

### **Stadtverordnete :**

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

### **Verwaltung :**

Herr Bauamtsleiter Hartmut Bierau  
Herr Leiter der Finanzverwaltung Jürgen  
Rausch

### **Fraktionsvorsitzende :**

Frau Stadtverordnete Katrin Keil

### **Fraktionsvorsitzender :**

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

### **entschuldigt fehlten:**

### **Magistrat :**

Herr Stadtrat Stephan Büker  
Herr Stadtrat Udo Schomber  
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach  
Herr Stadtrat Werner Thielemann

### **Stadtverordnetenvorsteher :**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz  
Erbach